

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## Schlüsselergebnisse von 1870 bis 1945

### Band 8

## Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/124

### Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten

Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.

*Franklin Delano Roosevelt (1882-1945, nordamerikanischer Politiker)*

#### Gebietsforderungen, "Bevölkerungsumsiedlungen" und Aufteilungspläne Deutschlands

Im Dezember 1938 erörterten Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen sollte (x025/95).

General Sikorski (polnischer Exil-Ministerpräsident) verkündete am 19. November 1939 bei einer Pressekonferenz in London (x039/225): >>... Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.<<

Die polnische Exilregierung rief am 20. Dezember 1939 zur Befreiung Polens auf und verlangte gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigten (x064/159).

Churchill versicherte der NS-Führung am 9. Februar 1940 (x024/111): >>Wir lehnen jeden Versuch von außen ab, Deutschland zu zerstückeln. Wir sind nicht auf Demütigung oder Verstümmelung ihres Landes aus. Wir wünschen aus ganzem Herzen, Sie ohne Verzögerung in die friedliche Zusammenarbeit zivilisierter Nationen einzubeziehen.<<

Der Exilpolitiker Benesch schrieb am 18. November 1940 in einem Bericht für die tschechische Widerstandsbewegung, daß man nicht "naiverweise" annehmen dürfe, "drei Millionen Deutsche zu vernichten oder auszutreiben"; die Umsiedlung von einer Million Sudetendeutschen wäre schon ein "ungeheurer Erfolg und eine starke Sicherung unseres Staates" (x020/061).

In Chicago (USA) veröffentlichte die exilpolnische Zeitung "Zwiazkowy" am 3. Dezember 1940 polnische Gebietsforderungen (x039/225): >>... Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann hin zum Erzgebirge verläuft.<<

Der CSR-Politiker Ripka erklärte am 17. Mai 1941 während einer Rede in Manchester (x159/15): >>... Wir hoffen, daß dieser Krieg die Möglichkeit dazu geben wird, die Frage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ein für allemal zu lösen. ...

Es wird notwendig werden, mit allen hierzu geeigneten Mitteln – einschließlich einer eventuellen organisierten Anwendung des Prinzips des Bevölkerungstransfers – Deutschland daran zu hindern, seine nationalen Minderheiten für seine großdeutschen Ziele zu mißbrauchen.<<

In London zitierten die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanische Ziele zu hindern. ...<<

In London verlangte die polnische Exilregierung am 24. September 1941 einen breiten Zugang zur Ostsee, um die wirtschaftliche Entfaltung Polens zu sichern (x039/226).

Exilpräsident Benesch forderte im September 1941 öffentlich die Ausweisung der Sudetendeutschen (x024/107): >>... Wenn die Frage sorgfältig erwogen und rechtzeitig gründlich vorbereitet wird, kann die Übersiedlung schonend und unter angemessenen, humanen Bedingungen durchgeführt werden, und zwar unter internationaler Überwachung und mit internationaler Unterstützung.<<

Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. Dezember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

Churchill erklärte gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren würden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.

Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<

Polen, die Tschechoslowakei und 7 weitere Vertreter von besetzten Staaten unterzeichneten am 13. Januar 1942 in London die "Allied Declaration on German War Crimes" (x044/191): >>In Anbetracht dessen, daß Deutschland seit Beginn des Krieges in den besetzten Ländern ein Terrorregime errichtet hat, besonders gekennzeichnet durch ... Massenvertreibungen, ... betrachten die Unterzeichneten als eines ihrer grundsätzlichen Kriegsziele die Bestrafung ... der für diese Verbrechen Verantwortlichen. ...<<

In einer Studie des britischen Außenministeriums wurde am 20. Februar 1942 die Abtretung von sudetendeutschen Gebieten (mit einer deutschen Bevölkerung von rund 500.000) vorgeschlagen, um den deutschen Bevölkerungsanteil in der Tschechoslowakei zu verringern.

Da US-Präsident Roosevelt Stalins Gebietsforderungen ablehnte, weigerte sich am 26. Mai 1942 auch die britische Regierung, Stalins Pläne zu akzeptieren (x041/123). Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre) wurde jedoch trotzdem abgeschlossen.

Dr. Benesch forderte am 5. Juni 1942, die "sudetendeutsche Frage" endgültig zu klären (x025/95): >>... Ein weiteres und ein brennendes Problem ist, wie wir die Deutschen loswerden sollen. Selbst glaube ich, daß es möglich sein wird, sich etwa 2 Millionen Deutscher zu entledigen. Das Problem wird sehr schwer sein. Am besten wird sein, es via facti (militärisch) zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg ...<<

Jan Masaryk (exil-tschechoslowakischer Außenminister) verlangte ebenfalls am 5. Juni 1942, daß die Sudetendeutschen ausgewiesen werden sollen (x039/226).

Der britische Außenminister Eden billigte am 7. Juli 1942 das "Vertreibungsprogramm der

Tschechen".

Benesch wurde danach von Eden informiert (x151/05): >>... (daß) seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlungen einverstanden seien. ...<<

Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<

Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.

Angesichts der aggressiven Vertreibungspläne erwarteten die sudetendeutschen Exilpolitiker gewaltsame Vertreibungen. Sie übergaben dem britischen Foreign Office am 8. August 1942 eine Protestnote.

Im September 1942 teilte die britische Regierung der tschechischen Exilregierung in London offiziell mit, daß sie eine Ausweisung der Sudetendeutschen grundsätzlich akzeptieren könnte (x039/226).

Die polnische Exilregierung verabschiedete am 17. Oktober 1942 in London einen Beschluß über die Bestrafung der in Polen begangenen deutschen Kriegsverbrechen (x044/191): >>Handlungen, die den Tod, Qualen, Deportationen oder Bevölkerungsumsiedlungen bewirkt haben, werden mit lebenslänglicher Haft oder mit dem Tode bestraft ...<<

Dr. Benesch erklärte am 13. November 1942 vor dem tschechischen Exilstaatsrat, daß ein größerer oder kleinerer Teil der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei verbleiben sollte (x004/43).

Während eines Vortrages in England (Universität Manchester) informierte Dr. Benesch am 5. Dezember 1942 über die geplante Ausweisung der Sudetendeutschen (x028/55): >>... Umsiedlungen sind eine schmerzhaft Operation. Sie führen zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten. Die Verfasser der Friedensregelung können sich nur dann einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert werden.<<

Bei Verhandlungen mit US-Präsident Roosevelt forderte Polens Exilpräsident Sikorski am 6. Dezember 1942 in Washington die Oder-Neiße-Linie, mit Stettin, als natürliche polnische Sicherheitslinie (x039/226).

Während einer Pressekonferenz in Chicago verlangte Polens Exilpräsident Sikorski am 18. Dezember 1942 große Teile der deutschen Ostgebiete (x039/226): >>... Erweiterten Zugang zur Ostsee, deutsche Grenzgebiete im Westen Polens sowie polnische Besetzung aller deutschen Gebiete östlich der Oder.<<

In einem Memorandum forderte die polnische Exilregierung im Dezember 1942 eine polnische Grenze an der Oder und Neiße sowie eine wesentlich breitere Ostseeküste. Außerdem verlangten die Polen Ostpreußen, das Gebiet der Freien Stadt Danzig und den Rest Oberschlesiens (x035/330).

Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.

Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<

Der US-Sonderbeauftragte Harry Hopkins berichtete am 15. März 1943 über eine Besprechung mit US-Präsident Roosevelt und Außenminister Eden (x028/32-33,62): >>Der Präsident sagte, er glaube, wir sollten Anordnungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden; wenn es sich auch um eine harte Maßnahme handelt, ist es doch der einzige Weg, den

Frieden zu bewahren, und den Preußen kann man auf keinen Fall trauen. ...<<

>>... Polen will Ostpreußen haben und der Präsident und Eden sind beide der Meinung, Polen soll es erhalten. Eden sagte, die Russen sind insgeheim einverstanden, aber nicht bereit, ihre Zustimmung den Polen mitzuteilen, weil sie es als ein Handelsobjekt für die Friedenskonferenz sähen. ...<<

Dr. Benesch sprach im März 1943 mit dem sowjetischen Botschafter über die "Umsiedlung" von radikalen Sudetendeutschen. Die sowjetische Delegation gab damals keine verbindliche Stellungnahme ab, da man noch keine Vereinbarungen mit den westlichen Alliierten getroffen hätte.

Während eines Gespräches zwischen US-Präsident Roosevelt und Dr. Benesch behauptete Benesch am 12. Mai 1943, daß Stalin mit der Vertreibung der Sudetendeutschen einverstanden wäre. Der nordamerikanische Präsident billigte zwar die von Benesch geplanten "Umsiedlungsmaßnahmen", gab damals aber noch keine verbindliche Ausweisungszustimmung ab (x020/62).

Bei seinem Staatsbesuch in Washington bemühte sich Dr. Benesch am 7. Juni 1943, die Sowjetunion und Stalin als vertrauensvolle Bündnispartner darzustellen. US-Präsident Roosevelt stimmte während des Treffens angeblich der Umsiedlung (von Teilen der sudetendeutschen Bevölkerung) zu. Alle aktiven nationalsozialistischen und "großdeutsch" gesinnten Elemente (illoyale Volksdeutsche) sollten demnach radikal umgesiedelt werden (x028/31). Für seine "Bemühungen und Lobreden" erhielt Benesch einige Tage später die sowjetische "Vertreibungszustimmung".

In Moskau forderte der kommunistische "Verband Polnischer Patrioten" am 28. Juni 1943 die Abtretung von Westpreußen, Danzig und Oberschlesien (x040/174).

Benesch forderte die Tschechoslowaken am 27. Oktober 1943 während einer Rundfunkbotschaft zur Rache an den Deutschen auf (x004/50-51): >>... In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird alles erbarmungslos und vielfach zurückgeben werden, was sie in unserem Land verbrochen haben. ... In unserem Land wird gnadenlos und mit doppelter Münze heimgezahlt werden, was sie in unserem Land seit 1938 angerichtet haben. ...<<

Die Außenminister Eden (Großbritannien), Hull (USA) und Molotow (UdSSR) beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs (in den Grenzen von 1937) und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".

US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.

Die tschechische Exilregierung (Benesch) schloß am 12. Dezember 1943 mit der UdSSR einen Freundschafts- und Beistandspakt (x004/49). Dieser Pakt regelte auch die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee und die tschechisch-sowjetischen Beziehungen für die Zeit nach dem Kriegsende. Mit diesem Vertrag wurde die kommunistische Ostorientierung der Tschechen abgeschlossen und die jahrzehntelange Unterordnung der Tschechoslowakei besiegelt. Während der Vertragsverhandlungen unterhielten sich Dr. Benesch und der sowjetische Außenminister Molotow auch ausführlich über das "sudetendeutsche Problem". Dr. Benesch erklärte im Verlauf dieser Unterhaltung, daß die CSR eine Totalaustreibung, wenigstens aber die Vertreibung von 2/3 der sudetendeutschen Volksgruppe, durchsetzen würde (x020/63).

Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... (Wir befürworten die) völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und

Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<

In Moskau wurde am 11. Januar 1944 die Wiedererrichtung Polens verkündet. Die Sowjets forderten einen "starken, unabhängigen polnischen Staat auf der territorialen Grundlage der Curzon-Linie" und ... "Rückgabe von Ländern an Polen, die ihm seit undenklichen Zeiten gehörten ... und von den Deutschen entrissen worden sind" (x040/198).

Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944. Churchill informierte Stanislaw Mikolajczyk (Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) am 22. Januar 1944 über die Ergebnisse der Konferenz von Teheran (x039/227): >>... Im Westen werden 7 Millionen Deutsche, die zwischen der deutsch-polnischen Grenze und der Oder leben, in das "eigentliche Deutschland" ausgewiesen.<<

Das britische Foreign Office berichtete Anfang 1944, daß die Deutschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten einer unerfreulichen Zeit entgegengehen dürften, was das Problem der Umsiedlung insofern aber vereinfachen könnte, da sehr viele fliehen, die Vertreibungsgebiete also freiwillig verlassen würden (x020/57).

Dr. Benesch erläuterte am 3. Februar 1944 vor dem britischen Staatsrat in London den tschechischen "Zehn-Punkte-Plan".

Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) kündigte am 3. Februar 1944 auch Gewalttaten an (x004/51): >>... Der Umsturz in der CSR muß gewaltsam, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen und den faschistischen Gewalttätern, ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.<<

Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<

Anthony Eden erklärte am 23. Februar 1944 in einer Rede vor dem britischen Unterhaus (x028/248): >>... Gewisse Teile der Atlantik-Charta beziehen sich sowohl auf Sieger als auch Besiegte, so z.B. Artikel vier.

Wir können aber nicht zugeben, daß Deutschland von Rechts wegen Anspruch darauf erheben kann, daß irgendein Teil der Charta auf Deutschland Anwendung finde.<<

Der Earl of Mansfield und weitere Redner warnten am 8. März 1944 während einer britischen Oberhausdebatte vor übereilten Massendeportationen (x028/109): >>... Wenn die Umsiedlung von Griechen und Türken ungefähr 6 Jahre dauerte, kann es durchaus sein, daß die Umsiedlung der Deutschen 20 Jahre oder noch länger in Anspruch nehmen wird. Es ist jedenfalls eine Angelegenheit, die nicht übereilt werden darf.<<

Ferner wurde der ehemalige britische Außenminister Lord Curzon zitiert (x028/34): >>(Gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen sind) durch und durch schlechte, verwerfliche Lösungen, für welche die Welt in den nächsten 100 Jahren schwer büßen wird. ...<<

Mikolajczyk schrieb am 18. März 1944 an US-Präsident Roosevelt. Er weigerte sich, Ostpolen abzutreten, weil man die Folgen der Ausweisung der Deutschen und deren Rückkehr fürchtete (x039/227).

US-Außenminister Cordell Hull wies am 23. März 1944 nochmals ausdrücklich darauf hin,

daß die Atlantik-Charta auch für Deutschland Anwendung finden sollte (x063/596).

Im britischen Unterhaus bezeichnete Eden am 12. Juli 1944 die Vereinbarung über die polnische Ostgrenze (Konferenz von Teheran: 28.11. bis zum 1.12.1943) als nicht endgültig (x039/227).

Ein Ausschuß des US-Außenministeriums formulierte am 18. Juli 1944 "Empfehlungen und Nachkriegsprogramme" (x150/6): >>... Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Behandlung von Minderheiten in der Tschechoslowakei in erster Linie ein internes Problem ist; sie verfolgen aber mit Interesse die Pläne der tschechoslowakischen Regierung, eine stabilere Situation bezüglich ihrer Minderheiten zu schaffen.<<

Am 22. Juli 1944 veröffentlichte das kommunistische Lubliner Komitee das "Manifest der Nationalen Befreiung" (x003/1-7): >>An das polnische Volk! ...

Brüder!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. ... Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen. Das polnische Volk grüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. ...

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins gehißt werden. ...

Der vom kämpfenden Volk berufene Landes-Nationalrat ist die einzige legale Staatsgewalt in Polen.

Die "Regierung" der Emigration in London und ihre Delegatur in Polen sind usurpatorische, betrügerische Mächte und vollkommen illegal. Sie stützen sich auf die widerrechtliche faschistische Verfassung von April 1935. ...

Die Stunde ist gekommen um die Leiden und Qualen, die verbrannten Dörfer und vernichteten Städte, die zerstörten Kirchen und Schulen, die Treibjagden auf Menschen, die Lager und Erschießungen, Auschwitz, Majdanek, Treblinka und die Vernichtung des Gettos, an den Deutschen zu vergelten. ...

Brüder! ...

Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Ergreift die Waffen! Schlagt die Deutschen, wo immer ihr sie trifft! ... Erteilt den polnischen und sowjetischen Soldaten Auskünfte und helft ihnen! ...

Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommern und des Opper Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! ...

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen! ...

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung verspricht zu Beginn des Wiederaufbaus des polnischen Staates die Wiedereinführung aller demokratischen Freiheiten, der Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Rasse, Konfession und Nationalität, der Freiheit politischer und beruflicher Organisationen, der Presse und des Gewissens. Die demokratischen Freiheiten dürfen jedoch nicht den Feinden der Demokratie dienen. Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des Rechts ausgerottet.

... Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Den bestialisch vom Okkupanten verfolgten Juden werden der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung zugesichert. ...

Um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen und den uralten Drang der polnischen Landbevölkerung zum Eigentum an Grund und Boden zu befriedigen, wird das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den bereits befreiten Gebieten sofort mit der Durchfüh-

rung einer umfassenden Bodenreform beginnen. ...

Die Befreiung Polens, der Wiederaufbau des Staates, die siegreiche Beendigung des Krieges, die Erringung eines für Polen würdigen Platzes in der Welt, der Beginn des Wiederaufbaus des zerstörten Landes - dies sind unsere Hauptaufgaben.

Brüder!

Das polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf: Alles für die schnellste Befreiung des Landes und die Vernichtung der Deutschen! ...

Auf zum Kampf! Ergreift die Waffen!

Es lebe das vereinte um Polens Freiheit kämpfende Polnische Heer! Es lebe die Polen Befreiung bringende verbündete Rote Armee! Es leben unsere großen Verbündeten - die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika!

Es lebe die nationale Freiheit!

... Es lebe das freie, starke, unabhängige, souveräne und demokratische Polen!<<

Der 22. Juli wurde später polnischer Nationalfeiertag!

Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schlossen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E). Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen (einschließlich Abtretung des nördlichen Ostpreußen) an die UdSSR akzeptierten, verpflichtete sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen. Das polnische Komitee für die nationale Befreiung (PKWN) schloß mit der UdSSR außerdem am 26. Juli 1944 ein Abkommen über die Befreiung Polens (x039/227).

Stalin forderte Mikolajczyk am 3. August 1944 in Moskau auf, die Curzon-Linie anzuerkennen. Als Gegenleistung versprach Stalin, die Oder-Linie als polnische Grenze (einschließlich Breslau, Stettin und Teile Ostpreußens) durchzusetzen. Stalin erwähnte außerdem die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. Mikolajczyk lehnte Stalins Vorschläge jedoch ab (x039/227).

Im Grundsatzpapier des "US-Committee on Post-War Programs" vom 5. August 1944 hieß es, daß die Vertreibung der Deutschen aus dem neuen polnischen Staat und aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen würde, da sich die Minderheiten dort in der jüngsten Vergangenheit als "Vorhut nationalsozialistischer Penetration" erwiesen hätten und in diesen Ländern ein wohlbegründeter Groll gegen die Deutschen bestehe. Ein pauschaler Massentransfer sei trotzdem abzulehnen, weil dadurch eine zu große Belastung des von den Alliierten besetzten Deutschland entstehen würde. Die USA sollten sich deshalb um eine international überwachte selektive Aussiedlung bemühen (x020/58).

Churchill meinte am 26. August 1944 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen. ...<<

Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).

Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärte am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<

Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec (11.-16.09.1944) die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 31. August 1944 ein Dekret über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der

Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/8-9).

Das Dekret vom 31. August 1944 bildete später die Grundlage für die polnischen Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße und in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig (x010/35).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 12. September 1944 ein Dekret über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher (x003/10-12).

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Stalin, Churchill und Eden (sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter") einigten sich in Moskau (vom 9. bis zum 20. Oktober 1944) über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Der tschechische Exilpolitiker Ripka berichtete am 31. Oktober 1944 in London vor internationalen Pressekorrespondenten (x004/43): >>... Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen ... die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anerkennen kann, etwa 800.000 vielleicht 1 Million betragen wird. ...<<

Dr. Benesch erklärte am 31. Oktober 1944 in der US-Zeitschrift "Foreign Affairs" zur Problematik der sudetendeutschen Frage (x004/45): >>... daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um eine Expansion voranzutreiben.

Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.<<

Das britische Foreign Office (Sir A. Cadogan) schrieb am 2. November 1944 an den exilpolnischen Außenminister T. Romer (x039/227): >>... England unterstützt Veränderung der Westgrenze Polens, auch wenn USA sie ablehnen; England hält polnische Grenze an der Oder einschließlich Stettin für richtig.<<

General Ingr (Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Ausland) rief am 3. November 1944 über den Londoner Rundfunk zur Rache auf (x046/278): >>... Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsruf der Hussiten folgen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!

Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft.

Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.<<

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 4. November 1944 ein Dekret über Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrätern (x003/17-18). Aufgrund dieses Dekrets galten grundsätzlich alle Deutschen (einschließlich Kinder ab dem 13. Lebensjahr), die in Volkspolen wohnten, als "Verräter der Nation", wenn sie während der deutschen Besatzungszeit die Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder zur deutschen Abstammung erklärt hatten. Sämtliche deutschstämmigen Polen, die z.B. deutsche Ausweise (Volkliste 1-4) besaßen, wurden generell als Volksverräter und Kollaborateure eingestuft. Das Dekret legalisierte auch die späteren Massenverhaftungen aller ansässigen Deutschen in Zentralpolen und in den westpolnischen Gebieten (x010/35).

US-Präsident Roosevelt schrieb am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung



(x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<

Die tschechische Exilregierung legten den Nordamerikanern und Briten am 23. November 1944 erstmalig exakte Vertreibungspläne vor. Etwa 2/3 der "deutschen Minderheit" sollte die CSR verlassen. Die "Abschiebung" der deutschen und ungarischen Volksgruppen wollte man innerhalb von 2 Jahren durchführen. Die nordamerikanischen und britischen Regierungsvertreter nahmen diese konkreten Pläne ohne jegliche Widersprüche entgegen und baten nur, keine voreiligen Maßnahmen einzuleiten (x020/64-65).

Mikolajczyk mußte am 24. November 1944 zurücktreten, weil er die Curzon-Linie nicht als polnische Ostgrenze akzeptieren wollte (x106/308).

Thomasz Arciszewski bildete anschließend ein neues polnisches Exilkabinet. Diese polnische Exilregierung verlor später vor allem wegen Ablehnung der strittigen sowjetisch-polnischen Ostgrenze die anglo-amerikanische Unterstützung.

Eine nordamerikanische Journalistin berichtete am 28. November 1944 über ein Gespräch mit dem tschechischen Exilminister Stransky (x025/89): >>... Stransky ... glaubt, die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Waffenstillstand würden derartige sein, daß sich das deutsche Problem zum guten Teil ohne Transfer von selber lösen wird. Die sudetendeutsche Bevölkerung würde sogar ohne offiziellen Transfer drastisch reduziert werden. ...

Es wird ein schreckliches Elend geben. Es wird daher erwartet, daß es in der ersten Periode nach der Befreiung im Sudetenland eine sehr hohe Sterblichkeit geben wird.<<

De Gaulle (provisorischer französischer Regierungschef) und Bidault (französischer Außenminister) schlossen am 10. Dezember 1944 in Moskau einen französisch-sowjetischen Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre).

Da de Gaulle die Anerkennung des kommunistischen Lubliner Komitees ablehnte, verweigerte Stalin die von Frankreich geforderte Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. De Gaulle stimmte aber der Oder-Neiße-Linie zu und akzeptierte damit, daß Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg an Polen fallen sollten (x041/136).

Vor dem britischen Unterhaus billigte Churchill am 15. Dezember 1944 eine Ausweitung der polnischen Grenzen nach Westen (mit einer Ostseeküste von 200 Meilen) und die totale Austreibung dieser Deutschen (x024/105): >>... Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte von Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt.

Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.

Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. ... Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte.<<

Einige britische Abgeordnete protestieren vergeblich gegen diese völkerrechtswidrigen Massenvertreibungspläne.

Tomasz Arciszewski (Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) antwortete Churchill. Er verlangte am 17. Dezember 1944 Ostpreußen, Oberschlesien und Teile von Pommern für Polen, wünschte jedoch weder Breslau noch Stettin und keine Westgrenze, die 8 bis 10 Millionen Deutsche in Polen lassen würde (x039/227).

Arciszewski erklärte später in einem Bericht der britischen Wochenzeitung "The Sunday Times" (x035/331): >>... Wir wollen die Grenze nicht so weit nach Westen ausdehnen, daß wir bis 10 Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen Breslau und Stettin nicht.<<

Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlichte am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116). Mit Breslau und Stettin forderte man sogar große Gebiete westlich der Oder (die spätere Oder-Neiße-Linie). Stalin unterstützte diese polnischen Gebietsansprüche.

US-Außenminister Stettinius (Nachfolger von Cordell Hull) erklärte am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen würde (x040/254).

Stettinius erklärte jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<

Außenminister Bidault bestätigte am 21. Dezember 1944, daß die französische Regierung mit der geplanten Abtretung der preußischen Provinzen Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien einverstanden wäre (x040/254).

Dr. Benesch erklärte während einer Rundfunkrede in London im Jahre 1944 (x028/40): >>... Wir müssen uns all der Deutschen entledigen, die 1938 dem tschechoslowakischen Staat den Dolch in den Rücken gestoßen haben.<<

Das kommunistischen Lubliner Komitee übernahm am 1. Januar 1945 in Polen die provisorische Regierung und wurde 2 Tage später durch die UdSSR anerkannt (x040/257).

Vor der Krim-Konferenz berichtete die US-Delegation am 12. Januar 1945 über "begrenzte, geregelte Umsiedlungsaktionen" (x020/58): >>Wir glauben nicht, daß es für die Vereinigten Staaten tunlich wäre, sich solchen allgemeinen Transfers zu widersetzen, falls darauf von den tschechischen und polnischen Regierungen, die die Unterstützung der britischen und sowjetischen Regierungen haben, bestanden wird. ...<<

Das US-Außenministerium schlug damals folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen (54.390 qkm).

Die ehemalige Lubliner Exilregierung traf am 18. Januar 1945 in Warschau ein und übernahm die politische Führung Polens (x040/261).

In einer Sitzung des "War-Cabinets" stellte Churchill am 26. Januar 1945 fest, daß eine Umsiedlung von 5-6 Millionen Deutschen, bereits keine Kleinigkeit sei, die Aussiedlung von 8 bis 9 Millionen Menschen dagegen wäre völlig undurchführbar (x020/58).

Boleslaw Bierut teilte am 5. Februar 1945 in Warschau mit, daß die polnische Regierung in den deutschen Reichsgebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie die Zivilverwaltung übernommen hätte (x039/228).

Stalin verlangte am 6. Februar 1945 aus strategischen Gründen Ostpolen und für Polen die Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße sowie Stettin (x039/228).

US-Präsident Roosevelt widersetzte sich am 8. Februar 1945 der polnischen Gebietsforderung (polnische Westgrenze = Lausitzer Neiße). Er hielt jedoch die Oder-Linie für tragbar. Churchill schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich für die Umsiedlung aller Deutschen aus diesen Gebieten aus (x039/228).

Das britische Kriegskabinett erhob am 9. Februar 1945 telegrafisch Einwendungen gegen die Festlegung der polnischen Westgrenze an der Görlitzer Neiße (x039/228).

In London bezeichnete die moskaufindliche polnische Exilregierung die "Jalta-Beschlüsse" am 13. Februar 1945 als "5. Teilung Polens" (x040/265).

Im Londoner und Moskauer Rundfunk verbreitete man am 26. Februar 1945 einen Aufruf der

"Tschechischen Nationalen Front" (x004/51): >>Greift die verfluchten Deutschen an und erschlägt die Okkupanten, bestraft die Verräter, bringt die Feiglinge und die Schädlinge des nationalen Kampfes zum Schweigen. ...<<

Churchill stellte am 27. Februar 1945 während einer Debatte des britischen Unterhauses fest (x028/77, x039/228): >>Die 3 Mächte haben sich jetzt geeinigt, daß Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.

Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee.

Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden ...<<

>>... Wir haben nicht zu befürchten, daß die Aufgabe, diese neue Grenze zu halten, für Polen zu schwer sein wird. Ich habe selten eine Angelegenheit gesehen, die ich mit größerer Zuversicht dem gesunden Urteil der Abgeordneten anempfehlen könnte. ...<<

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 28. Februar 1945 ein Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/37-39). Gemäß Dekret vom 28. Februar 1945 über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft" wurde z.B. der Besuch von deutschen Schulen, Gebrauch der deutschen Sprache oder Wehrpaßbesitz als Volksverrat eingestuft (x003/34-39). Folgen bzw. Strafen dieser "Ausscheidung" aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Zwangsarbeit, Verlust aller bürgerlichen und öffentlichen Rechte, Inhaftierung und später schließlich die Aus- bzw. Vertreibung. Im polnischen Staatsgebiet von 1919/39 wurden damals fast alle zurückgebliebenen Volksdeutschen interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit herangezogen (x039/228).

Die provisorische polnische Regierung errichtete am 14. März 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen die neuen Verwaltungsbezirke bzw. Woiwodschaften Masuren, Pommern, Nieder- und Oberschlesien (sowie Danzig am 20.03.1945, Dekret vom 30.03.1945) und sorgte frühzeitig für vollendete Tatsachen (x039/228). Die Nordamerikaner legten danach in Moskau zwar Protest ein, aber Stalin erwiderte beschwichtigend, daß diese Handlungen absolut nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten. Obwohl man in Warschau schon offiziell von den "Wiedergewonnenen Gebieten" sprach, gaben sich die Nordamerikaner mit Stalins Antwort zufrieden.

In Moskau erklärte Benesch am 17. März 1945 die Tschechoslowakei zum Nationalstaat ohne Minderheitenrechte (x039/228).

Nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen und Rumänien wurde Churchills Mißtrauen allmählich größer.

Churchill erklärte am 24. März 1945 (x044/34): >>... Es paßt mir gar nicht, Deutschland zu zerstückeln, bevor meine Zweifel an den russischen Absichten beseitigt sind.<<

Am 30. März 1945 wurde ein Dekret über die Bildung der Woiwodschaft Danzig beschlossen (x003/49).

Die US-Regierung forderte Stalin am 6. April 1945 noch einmal auf, den Status der russisch besetzten Gebiete in Ostpreußen, Danzig, Schlesien und in Pommern zu erläutern (x039/228).

Die nordamerikanische Regierung erhielt am 17. April 1945 folgende sowjetische Antwortnote (x039/228): >>... Es sind (in Ostdeutschland) keine Grenzregulierungen getroffen, nur örtliche polnische Verwaltungsstellen eingerichtet.<<

Stalin und Osobka-Morawski unterzeichneten am 22. April 1945 in Moskau einen sowjetisch-polnischen Beistands- und Freundschaftspakt (x040/279-280).

Osobka-Morawski kündigte am 3. Mai 1945 die Polonisierung der "Wiedergewonnenen alten

polnischen Westgebiete" an (x064/164).

Die polnische Regierung beschloß am 6. Mai 1945 ein Gesetz über das verlassene und aufgebene Vermögen der Deutschen (x003/65-68).

Die US-Regierung protestierte am 8. Mai 1945 wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>... In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. ...<<

Stalin erwiderte daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

#### Antideutsche Berichte, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik

Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").

Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...

Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen Wesens zu immunisieren.<<

Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").

NS-Reichsminister Goebbels schrieb damals über das Buch "Germany must perish" (x172/332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<

Der britische Politiker Rhys Davies (1877-1954) erklärte am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<

Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legten am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichten die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:

1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.

2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
  3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind.
  4. Sie werden sich bemühen, unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, für alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen besseren Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden.
  5. Es ist ihr Bestreben, auf wirtschaftlichem Gebiet die volle Zusammenarbeit aller Nationen herbeizuführen, um für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit zu gewährleisten.
  6. Nach der endgültigen Vernichtung der Tyrannei hoffen sie, daß ein Friede geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben und der die Gewähr dafür bieten wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not führen können.
  7. Ein solcher Friede soll alle in die Lage versetzen, die Meere ungehindert befahren zu können.
  8. Sie glauben, alle Völker der Welt müssen aus realpolitischen und aus geistigen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Da kein künftiger Frieden gewahrt bleiben kann, wenn Völker, die über ihre Grenzen hinaus durch ständige Aufrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit Angriffen drohen, so glauben sie, daß die Entwaffnung solcher Länder bis zur Festlegung eines breiter gefaßten und dauernden Systems allgemeiner Sicherheit wesentlich ist. Sie werden ebenso alle übrigen praktischen Maßnahmen unterstützen und ermutigen, die den friedensliebenden Völkern die drückenden Rüstungslasten erleichtern.<<
- Elliott Roosevelt, der Sohn des US-Präsidenten, der während der Besprechungen vom 9. bis zum 12. August 1941 anwesend war, berichtete später (x106/117): >>... Allmählich, fast unmerklich glitt der Kommandomantel von den britischen auf die amerikanischen Schultern. ... Churchill hatte sich erhoben und durchmaß mit weiten Schritten das Zimmer. ... Endlich rief er aus: "Herr Präsident, ich glaube, Sie wollen das britische Empire zerstören. Alle Ihre Ideen über die Ordnung des Friedens nach dem Krieg zeigen dies an. Aber dennoch wissen wir, daß sie unsere einzige Hoffnung sind.<<
- US-Finanzminister Morgenthau notierte am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<
- Das Politbüro des ZK der KPD berichtete am 3. April 1942 in Moskau über die geplante Gründung eines Nationalkomitees, um "die Führung des Kampfes des deutschen Volkes für die Befreiung Deutschlands von der barbarischen Hitlerherrschaft und für die sofortige Beendigung des Krieges" zu übernehmen (x033/255): >>... Deutschland wird eine Volksrepublik, in der die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes bestimmen.
- Durch die Herstellung der Volksrechte in Staat und Gemeinde, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsräte und freien Gewerkschaften sowie durch die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz und die Einführung einer neuen Rechtsordnung wird die freie Entwicklung aller gesunden Kräfte des deutschen Volkes und der friedliche Aufstieg unseres Volkes gesichert.<<
- Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 der Aufsatz "Breed War

"Strain out of Germans" des nordamerikanischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton (1887-1954, Anthropologe) abgedruckt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz "Breed War Strain out of Germans" schlägt der Anthropologe vor, frei nach Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.

Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.

Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen ("pure Germans") und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<

Während der Konferenz von Casablanca (14.01.-25.01.1943) verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Konferenz in Casablanca (x051/100): >>Casablanca, marokkanische Hafenstadt, in der vom 14.1.-25.1.43 die Regierungschefs der USA (Roosevelt) und Englands (Churchill) konferierten; Stalin war wegen der sowjetischen Winteroffensive bei Stalingrad unabhkömmlich; hinzugezogen waren die alliierten Stabschefs.

Gegen den sowjetischen Wunsch nach einer 2. Front in Frankreich zur Entlastung der Roten Armee setzte Churchill den Vorrang einer Landung auf Sizilien durch, eine Invasion in Frankreich wurde vage für den Herbst 43 in Aussicht gestellt.

Besonderes Gewicht erhielt die Konferenz von Casablanca durch die erst nach Beendigung der Gespräche von Roosevelt aufgestellte Forderung nach Bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte. Am Rand der Konferenz gelang eine vorübergehende Aussöhnung der rivalisierenden französischen Generale Giraud und de Gaulle.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Bedingungslose Kapitulation" (x051/64): >>Bedingungslose Kapitulation (englisch unconditional surrender), erstmals auf der Konferenz von Casablanca am 24.1.43 erhobene alliierte Forderung, nach der die Feindseligkeiten gegen die Achsenmächte nur eingestellt werden sollten, wenn diese ihr militärisches und politisches Schicksal völlig in die Hände der Sieger legten.

Diese Forderung nach Globalvollmacht, von der Sowjetunion am 1.5.43 ausdrücklich übernommen, war völkerrechtlich problematisch, stieß selbst in westlichen Militärkreisen auf Kritik, lieferte der nationalsozialistischen Propaganda für den totalen Krieg Munition und erschwerte die Lage des deutschen Widerstands.

Hauptvertreter einer Bedingungslosen Kapitulation war US-Präsident Roosevelt, der sich allen Modifizierungsvorschlägen widersetzte und am Konzept des "total victory" festhielt. Die Kapitulationsurkunden vom 7./8.5.45 und das Potsdamer Abkommen sind davon geprägt.<<

Der deutsche Historiker Günter Moltmann (1926-1994) schrieb später über die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten (x245/464-465): >>... Man kann sagen, daß Unconditional Surrender ein ausgesprochenes Kriegsziel, nicht aber ein Friedensziel war. Es enthielt keine konkreten Richtlinien für die zukünftige Politik, sondern hatte einen rein formalen Charakter. Es bildete nur den Rahmen für die Zukunftsgestaltung, die ebensowohl konstruktiv als auch destruktiv sein konnte, denn die Art der Friedensregelungen, zu denen das Prinzip nur die Grundvoraussetzung war, blieb völlig offen. Aber auch in seiner Eigenschaft als formale Grundlage einer späteren Politik war es von wesentlicher Bedeutung, und zwar in doppelter Hinsicht.

Zunächst betraf es den Gegner als Partner bei der Liquidierung des Kriegszustandes und bei der Festlegung einer Nachkriegsordnung. In diesem Sinne war es ausgesprochen negativ. Es implizierte die Nichtanerkennung des Gegners als Verhandlungspartner und negierte damit jegliche gemeinsame Ebene, die zwischen den kriegsführenden Parteien außerhalb der kriegerischen Gesellschaft in menschlichen oder geistigen Bereichen noch bestehen konnte.

Die Unconditional-Surrender-Forderung vollzog für die englisch-amerikanische Seite den totalen Bruch mit den gegnerischen Nationen. Die totale Kriegsführung ergab sich daraus folgerecht. Übrigens geschah dies zu demselben Zeitpunkt, an dem die nationalsozialistische Regierung den totalen Krieg proklamierte.

Das Kriegsende war von nun an unwiderruflich nur noch als Diktat des Siegers, nicht mehr auf gemeinsamer Verhandlungsgrundlage denkbar.

Das Kapitulationsprinzip zielte auf die Zerstörung der nationalsozialistischen Weltanschauung, wie Roosevelt selbst in Casablanca und auch später betonte. Die Koppelung der Niederwerfung des Nationalsozialismus mit der vollständigen Elimination der deutschen Kriegsmacht ignorierte jede andere Möglichkeit eines Sturzes der Hitler-Regierung.

Sie ignorierte darüber hinaus jede andere mögliche Existenz Deutscher, die unabhängig vom herrschenden Regime bereit und in der Lage waren, in Verhandlungen über einen Rechtsfrieden einzutreten.

Sie identifizierte damit trotz gegenteiliger Versicherung den Nationalsozialismus mit der Haltung der Deutschen schlechthin. Der Casablanca-Formel haftete der fragwürdige Zug einer kollektiven Diskriminierung eines ganzen Volkes an. Damit wurde jene Deutschland-Konzeption angedeutet, die in der Folgezeit zur Formulierung der konkreten englisch-amerikanischen Kriegsziele manches beitragen sollte.

Einige Monate nach der Konferenz, im Mai 1943 während eines Churchill-Besuches in Washington, beabsichtigte Roosevelt, eine erweiterte alliierte Erklärung abzugeben des Inhalts, daß "die Vereinten Nationen niemals mit der Naziregierung, dem deutschen Oberkommando oder sonst einer Organisation oder Gruppe oder Einzelperson in Deutschland über einen Waffenstillstand verhandeln würden".

Damit wird der diskriminierende Zug vollends deutlich. Churchill widersetzte sich jedoch diesem Plan, und er kam nicht zur Ausführung.

Wenn die Politik des Unconditional Surrender in ihrer ausschließlich formalen Eigenschaft weder eine "milde" noch eine "harte" Behandlung Deutschlands vorsah, so öffnete sie doch den Weg für jede der beiden Möglichkeiten. Ihre Verkündung zerriß alle Bindungen der alliierten Kriegszielpolitik, die in einer eventuell erforderlichen Zustimmungsbereitschaft der feindlichen Nationen lagen.

Von nun an mußte mit einer rücksichtslosen Planung gerechnet werden. Das gab der Casablanca-Formel einen bedrohlichen Charakter neben dem diskriminierenden Zug, der ihr anhaftete. ...<<

Roosevelt bestätigte am 12. Februar 1943 in einer Rundfunkansprache, daß es keinen Waffenstillstand mit dem NS-Regime geben wird (x073/201): >>Unsere Antwort und die Antwort aller Vereinten Nationen auf die ... Versuche, sich der Verantwortung begangener Verbrechen zu entziehen, ist dies:

Die einzige Bedingung, unter der wir mit einer Regierung der Achsenmächte oder mit irgendeinem Mitläufer verhandeln, haben wir in Casablanca verkündet: Bedingungslose Kapitulation!<<

US-Präsident Roosevelt erläuterte dem späteren Kardinal Francis Spellman am 3. September 1943 die zukünftige nordamerikanisch-sowjetische Außenpolitik (x025/135): >>(Stalin würde) auf jeden Fall Finnland und die baltischen Staaten kriegen. ... Man könne davon ausgehen, daß Rußland die Hegemonie in Europa zufalle. Die kontinentaleuropäischen Völker, einge-

schlossen Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und "natürlich" die Kriegsgegner Deutschland und Italien würden einfach die russische Vorherrschaft aushalten müssen in der Hoffnung, in 10 oder 20 Jahren mit den Russen gut zusammenleben zu können. ...<<

Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches. Es wurden außerdem verbindliche Vereinbarungen über die Invasion der westlichen Alliierten getroffen.

Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.

Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden müßte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.

Stalin forderte danach außerdem die ostpreußischen Gebiete um Königsberg für die UdSSR und die Abtretung Oberschlesiens. Als der britische Außenminister Eden erwiderte, daß der "deutsche Brocken" für die "polnische Gans" unverdaulich sein könnte, konterte Stalin sofort, daß die Sowjetunion schließlich mit dem nördlichen Teil Ostpreußens einen "großen Brocken" übernehmen würde.

Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.

Gemäß Protokoll vom 1. Dezember 1943 beschäftigte man sich in Teheran auch schon mit der Aufteilung des Deutschen Reiches (x114/1.48): >>Zur Deutschlandfrage übergehend, sagte der Präsident, die Frage sei, ob man Deutschland aufteilen solle oder nicht. ...

Stalin erwiderte, daß sie die Zerstückelung Deutschlands vorzögen. ...

Churchill sagte, er sei vollkommen dafür, aber er sei in erster Linie mehr daran interessiert, Preußen, den bösen Kern des deutschen Militarismus, vom Rest Deutschlands getrennt zu sehen.<<

Der britische Premierminister Churchill verlangte in Teheran mehrfach die Zerschlagung Preußens, um die jahrhundertelange Vormachtstellung Österreichs und Ungarns ("Donaukonföderation"; mit der Reichshauptstadt Wien) wieder herzustellen.

Stalin, der die Vorschläge des US-Präsidenten unterstützte, lehnte die Neuauflage des "Habsburger Reiches" (Churchills "Lieblingsthema") jedoch entschieden ab. Roosevelts Bemerkungen, erforderliche Bevölkerungsumsiedlungen zu planen, wurden von Stalin begrüßt.

Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill energisch gegen Massenhinrichtungen (Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker).

Churchills Plan, eine anglo-amerikanische Balkanfront zu errichten, wurde von Stalin energisch abgelehnt. Als sich Harry L. Hopkins (ein enger Berater des nordamerikanischen Präsi-



dentem) ebenfalls gegen die Balkan-Offensive der Amerikaner und Briten aussprach, scheiterte Churchills Vorschlag. Hopkins, ein "großer Verehrer" Stalins, wollte damals angeblich die nordamerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit nicht unnötig gefährden.

Da Stalin die vorgeschlagene Balkanfront der Briten strikt verweigerte, beschlossen die Konferenzteilnehmer schließlich, daß die Invasion der Westalliierten ab Mai 1944 in Frankreich (Unternehmen "Overlord": Normandie) erfolgen sollte (x006/152).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Roosevelt in Teheran (x068/248-249): >>Präsident Roosevelt ... war seinerzeit nicht nur ausgesprochen prorussisch, sondern auch von der sowjetischen Superbestie, deren Massenmorde er natürlich kannte, äußerst angetan.

Gegenüber seinem Sohn Elliott nannte er Stalin nach der ersten privaten Begegnung Ende November 1943 in der Teheraner Sowjetbotschaft, wo Roosevelt wohnte, "sehr, sehr selbstbewußt, sicher seiner selbst – im ganzen recht eindrucksvoll" - ... Und nach der ersten Vollkonferenz bekannte er dem Sohn: "Ich bin sicher, daß Stalin und ich einander gut verstehen werden". "Er leistet ganze Arbeit, dieser Mann". ... "Er hält sein Ziel fest im Auge. Es ist ein Vergnügen, mit ihm zusammenzuarbeiten".

Nun war aber nicht nur der Präsident ausgesprochen russophil und insbesondere Stalin sehr gewogen, sondern auch die amerikanische Nation. Vor allem aber seien sich "alle Leute in Washington", schrieb James Forestal, Marineminister in der Roosevelt-Administration, darüber einig, daß Stalin "ein netter, offener und anständiger, kurz und gut, ein prachtvoller Bursche ist".

Stalin hatte schon beim ersten kurzen Gespräch mit Roosevelt dessen Eitelkeit erkannt, kannte auch wohl seine Vorliebe für ihn selbst und schlug, ein kluger Schachzug, den Amerikaner zum Vorsitzenden ihrer Konferenz vor; was Churchill akzeptieren mußte, wollte er nicht sich oder Stalin dafür nennen. Im Übrigen ruhte alles fest in Stalins Hand. Er hatte, nach großen Schwierigkeiten, Teheran als Konferenzort durchgesetzt. Er hatte Roosevelt, indem er Attentatsgerüchte lancieren ließ, schon einen Tag nach der Ankunft auch in die Sowjetbotschaft gebracht. Er bestimmte auch das Gesprächsthema und beherrschte die Diskussion. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (16/1955) berichtete später (am 13.04.1955) über die Rolle des britischen Staatsmannes Winston Churchill während der Konferenz in Teheran:

#### >>**Die Tyrannis der Ahnen**

... Churchills Kampf gegen Hitler war der seines Ahnen Marlborough gegen Ludwig XIV. Das Unglück des Nachkommen war, daß er andere Bundesgenossen fand als jener im Prinzen Eugen. Mit Roosevelts Amerika und Stalins Rußland kamen auf dem europäischen Schauplatz Kräfte ins Spiel, die in jeder Hinsicht anders sind als England und das alte Österreich: Sie sind größer und beide einem Protest gegen Alteuropa entsprungen.

Es ist beklemmend und zugleich rührend, in den Berichten über die Konferenzen der Großen Drei in Teheran und Jalta nachzulesen, wie verlegen Churchill Europas Sittengesetz gegen den rüden Jargon der Chefs der beiden Superstaaten zu verteidigen versuchte. Als von der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie die Rede war, paßte er sich diesem Jargon an: "Ich persönlich wäre nicht schockiert."

Als aber Stalin vorschlug, 50.000 deutsche Offiziere zu liquidieren, dämmerte ihm das Entsetzliche. Zunächst protestierte er nur mit einem taktischen Argument: "Das britische Parlament und das britische Publikum werden solche Massenhinrichtungen niemals dulden. Selbst wenn sie es in der Leidenschaft des Krieges theoretisch gestatten würden, so würden sie sich doch heftig gegen die Verantwortlichen wenden, wenn die erste Abschlachtung wirklich stattgefunden hat." Schließlich verließ er tief empört den Konferenzraum. Die beiden anderen konnten ihn nur mühsam mit der Bemerkung, daß alles ja nur Spaß gewesen sei, an den Verhandlungstisch zurückbringen.

Überhaupt zeigte sich in Teheran in aller Deutlichkeit, daß der von Herzen der alten staatsmännischen Tradition Europas verpflichtete Churchill zwischen dem eiskalten Rechner Stalin und dem ständig mit der Attitüde jugenhaften Übermuts kokettierenden Roosevelt eine unglückliche Rolle spielte. Roosevelt machte in Teheran geradezu eine Methode daraus, Stalin törichte Witze über Churchill ins Ohr zu flüstern, so daß Churchill sich schließlich veralbert fühlen mußte. Roosevelt hoffte, sich auf diese Weise bei Stalin einschmeicheln zu können.

Voller Stolz berichtete Roosevelt später über den Erfolg seiner Schuljungen-Manier: "Winston wurde rot und begann die Stirn zu runzeln. Je mehr er das tat, desto mehr lächelte Stalin ... und zum ersten Male seit drei Tagen sah ich grünes Licht. Ich fuhr damit fort, bis Stalin mit mir lachte, und es war in diesem Augenblick, daß ich ihn "Onkel Joe" nannte, was er noch am Tage vorher als Anbiederung empfunden hätte."

Das Verhältnis Roosevelts zu Churchill wurde von dem Vater-Komplex des Jüngeren vergiftet. Roosevelt bewunderte Churchill ob dessen Einfallsreichtum und Weltkenntnis, es bereite ihm gleichwohl Vergnügen, dem Älteren bittere Wahrheiten zuzustecken. "Winston", sagte er eines Tages zu Churchill, "du hast vierhundert Jahre besitzergreifenden Instinkt in deinem Blut und kannst einfach nicht verstehen, daß ein Land frei von der Absicht sein kann, Länder zu erwerben, die es haben könnte. Eine neue Epoche der Geschichte hat begonnen, und du wirst dich ihr anpassen müssen."

Die beiden wirklich "Großen" der Dreier-Allianz bestimmten, was in Europa zu geschehen hatte. Churchill blieb meist nichts anderes übrig, als mit den Wölfen zu heulen. So kamen auch die drei für Deutschland fatalen Entscheidungen zustande, die Churchill vor der Geschichte belasten: die Forderung auf bedingungslose Kapitulation, die Oder-Neiße-Grenze und der Morgenthau-Plan. Churchill hat später alle drei bereut.

Am erbittertesten kämpfte er gegen den Morgenthau-Plan, dessen infamen Kernsatz er aber schließlich selbst verfaßte: "Dies Programm zielt darauf ab, Deutschland in ein seinem Charakter nach vorwiegend landwirtschaftliches und Weide-Land zu verwandeln." Dabei war Churchill, als Roosevelt ihm das erstmal den Plan auseinandersetzte, empört aufgefahren: Diese Idee werde "England an eine Leiche ketten". Es kennzeichnet die damalige Ohnmacht Englands gegenüber den "Großen", daß Churchill sich das Zugeständnis zum Morgenthau-Plan für eine amerikanische Hilfeleistung an England in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar abkaufen lassen mußte. Es war in erster Linie Anthony Eden, Churchills jetziger Nachfolger, der später den Morgenthau-Plan zu Fall brachte.

Schon im September 1943 erkannte Churchill, daß die Übermacht der Sowjet-Union nach dem Kriege bedrohliche Ausmaße annehmen würde. "Ich glaube", schrieb er damals an seinen Buren-Freund Feldmarschall Smuts, "daß es unvermeidlich ist, daß Rußland nach diesem Krieg die größte Landmacht der Welt sein wird. Ich hoffe jedoch, daß die "brüderliche Assoziation" zwischen dem britischen Commonwealth und den Vereinigten Staaten ... uns gute Beziehungen und ein freundschaftliches Gleichgewicht mit Rußland ... bringen wird."

Er sollte sich täuschen: Roosevelt sah in dem Vorschlag einer angelsächsischen "brüderlichen Assoziation" (Churchill hatte den Amerikanern, wie Jahre zuvor den Franzosen, eine gemeinsame Staatsbürgerschaft vorgeschlagen) nichts anderes als den lächerlichen Versuch, Englands Herrschaft über den amerikanischen Kontinent wiederherzustellen.

Auch ein anderer Versuch Churchills, das Gleichgewicht mit der Sowjet-Union herzustellen, scheiterte: Churchill hatte empfohlen, in der Mitte Europas eine Donau-Föderation zu schaffen, deren Kern Österreich, Bayern, Württemberg und Baden sein sollten. Roosevelt hatte an dem Plan kein Interesse, und Stalin protestierte leidenschaftlich gegen den Beitritt Ungarns.

Churchills Friedens-Ideen erwiesen sich sämtlich als unfruchtbar. In der Tat fußten sie alle auf der These seines Ahnen Marlborough, England müsse auf dem europäischen Festland ein

Gleichgewicht schaffen, über das es als unbeteiligter Schiedsrichter wachen könne.

Seine letztlich romantische Bindung an die historischen Lösungen der englischen Politik hinderte ihn an wirklich konstruktiven Entschlüssen. Sein Stellvertreter als Premier im Kriege, der unscheinbare Clement Attlee, zeigte als sein Nachfolger einen sehr viel sichereren Blick für die Notwendigkeiten neuer Situationen. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schrieb später über Roosevelts naive Einstellung gegenüber Stalins Expansionspolitik (x080/313,334-335): >>Roosevelts Analyse, wenn man sie überhaupt so nennen will, war wohl eine der krassesten Fehleinschätzungen, die je einem amerikanischen Präsidenten unterlaufen sind. Die subjektiven Eindrücke des völlig uniformierten Hopkins und Roosevelts "Gefühl" wurden höher bewertet als Stalins Ruf und alle Erkenntnisse über die Sowjetunion, die erfahrene Persönlichkeiten des State Department im Laufe der Jahre gesammelt hatten.

Stalin hatte einen wichtigen Sieg errungen und sicherlich hatte die entgegenkommende Art, in der er Hopkins behandelt hatte, dazu beigetragen. ...<<

>>... Roosevelt verließ die Konferenz mit dem Gefühl, er habe sich gegenüber Stalin durchgesetzt. ...

Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.<<

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) schrieb später über die "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill (x025/136): >>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit. ...<<

Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.

Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. Das einzigartige Phänomen des Pangermanismus ist es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht nur Gangstertum oder Nihilismus darstellt.

Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. Es gab einen Kaiser vor Hitler und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Großen vor Bismarck - in der Tat sind 2.000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. ...

Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und jeden freien Menschen in jedem fremden Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem deutschen Volk angeboren. ...

Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<

Das Buch "What to do with Germany?", daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte,

wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Stabsoffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).

Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in diesem Land sollte es lesen! ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den US-Antigermanismus (x306/54-58): >>Die Verschwörung der Deutschen

... Von geringerer aktueller Bedeutung, wenn auch von recht nachhaltiger Wirkung, war die Lehre von der Verschwörung der deutschen Philosophen. ...

Schon im Ersten Weltkrieg hatte der Kriegsbeitrag der alliierten und assoziierten Philosophen in der systematischen Belastung beinahe sämtlicher deutschen Philosophen seit Kant bestanden. John Dewey, Amerikas nationaler Philosoph, war 1915 mit seinem Buch "German Philosophy and German Politics" vorangeschritten. Er brauchte 1942 die Schrift für die Neuauflage kaum mehr zu aktualisieren.

Andere dehnten den Radius aus, indem sie Luther oder Leibniz auf die Anklagebank setzten.

...

Wenn so viele Verschwörungen zwischen den Grenzpfählen eines Landes ausgebrütet wurden, das kleiner war als Texas, mußte der Schluß gezogen werden, daß alle diese Verschwörungen nur Teilaspekte einer großen Verschwörung seien, die mit dem Volk gegeben war. Das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation. Bauer und Junker, Bürger und Fürst seien alle in diese Verschwörung verstrickt. Tief drang Paul Winkler, (The Thousand Years Conspiracy, secret Germany behind the mask. New York 1943) in die Geschichte ein. Wo andere den Mann im Braunhemd in Bismarck, Fichte, Turnvater Jahn oder Luther wiedererkannten, entlarvte Winkler Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen als den ersten Nazi.

In dem wohl meistgelesenen Buch über Deutschland, Louis Nizers "What to do with Germany?" (Harry S. Truman: "Jeder Amerikaner sollte es lesen") erfährt die deutsche Geschichte folgende bündige Darstellung:

"Die Deutschen zerschlugen die lateinische Zivilisation in der Schlacht von Adrianopel (378) ... Sie machten Krieg zu ihrem Beruf. Wo sie hintraten, starb die Kultur ab. Sie plünderten Paris, Arras, Reims, Amiens, Tours, Bordeaux und Dutzende anderer Städte, die in späteren Generationen von ihren kriminellen Nachfahren wiederholt heimgesucht wurden ...

Vier Jahrhunderte nach Adrianopel setzte Karl der Große die deutsche Tradition fort ... Er versuchte, die Welt zu erobern, ein Refrain, der seitdem mit wahnsinniger und zerstörender Ausdauer durch die deutsche Existenz lief. Er führte jedes Jahr einen Krieg ... die Deutschen folgten ihm mit der fanatischen Ergebenheit für die gleichen Prinzipien, die sie anleiteten, in unserer Generation dem Kaiser oder Hitler zu folgen ...

Im 12. Jahrhundert war der Führer ein anderer, aber das monotone Programm das gleiche. Da war es Friedrich Barbarossa, der den Frieden erdolchte. Die einzige Frage war, ob Italiener oder Slawen unterjocht werden sollten. Er wählte die Slawen und führte gegen sie mit fürchterlicher Brutalität Krieg. Nach dem Sieg verbot er den Gebrauch der einheimischen slawischen Sprachen und erließ strenge Verordnungen gegen die Juden.

Durch das 14. Jahrhundert läuft der rote Faden deutscher Infamie ... Die Lehre von der Welt-eroberung begann organisatorische Formen anzunehmen. Der Hansebund organisierte alle Deutschen in allen anderen Ländern aufgrund der Lehre, daß ihre Loyalität weiter den deutschen Führern galt. Die auslandsdeutsche 5. Kolonne von Hitlers Regime ist nur die erweiterte

Kopie eines alten deutschen Kunstgriffs ...

Während des dreißigjährigen Krieges war die Brutalität der Deutschen im Kriege unvermindert. Sie überrannten Böhmen und verfolgten das tschechische Volk mit einer Wildheit, die nur von den Legionen der Nazis übertroffen wurde. Tausende von Geiseln wurden erschossen. Folter und Terror, die allgegenwärtigen Begleiter des deutschen Programms, gingen Hand in Hand...

Führer, die die deutsche Kriegslust verkörperten, fehlten nie: der Große Kurfürst, der Soldatenkönig, den man als einen der widerlichsten Rüpel, die je lebten, beschrieben hat, Friedrich der Große, der jede Freiheit, die unter seinen Gefolgsleuten existierte, zerstörte und Preußen in eine militärische Autokratie umformte, deren einziges Ziel Krieg und Eroberung war." - Treitschke erklärt in seiner "Politik", daß, da die Deutschen nie in der Lage sein werden, die Welt zu verstehen, sie die Welt erobern und nach ihrem Willen umformen müssen, damit sie dem deutschen Denken entspricht. Adam Müller, Novalis, Fichte, Johann Josef Görres spielen alle die gleiche Melodie.

Das deutsche Volk horcht begierig auf diese kriegerische Musik. Sie entfacht seine Gefühle. Es ist durch den Wahnsinn hypnotisiert und folgt ihm mit brutalen Stiefeln ... ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen jeden freien Menschen in jedem beliebigen Lande. Es ist eine Verschwörung, die nach einer Niederlage nie verlöschen wird. Sie ist in das Volk eingesenkt und hält es in allen dunklen Zeiten aufrecht, bis der Tag kommt." ("Der Tag" ist der Tag deutscher Weltherrschaft, von dem nach der Meinung der amerikanischen Kriegspublizisten alle Deutschen träumen) - kurz und gut:

"Der Nazismus ist keine neue Theorie, die aus den Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Not entstanden ist. Er ist ein Ausdruck der deutschen Aspirationen, die in allen Jahrhunderten ihren Ausdruck fanden."

Nizers Buch machte die verworrene deutsche Frage mit einem Schlage klar und durchsichtig. Der Leser Präsident Roosevelt, verteilte es an seine Kabinettsmitglieder; General Eisenhower versandte 100.000 Exemplare und ließ alle Offiziere seines Stabes Aufsätze über das Buch schreiben.

Des Kleinholzmachens war kein Ende. Doch sollte der allzu augenfällige Wuttanz mit der historischen Axt niemand dazu verleiten, Nizers historisches Gemälde der Kriegspychose zuzuschreiben. Ihm liegt ein festumrissenes Deutschlandbild zugrunde, das ebenso zur Basis wilder Spekulationen wie feinsinniger Analysen werden kann. Ob es vor offenen Mäulern oder verkniffenen Lippen gepredigt wird, mag sich in Wortwahl und Beweisduktus niederschlagen, die Substanz berührt es nicht. Der Stock, aus dem die feurigen Blüten der amerikanischen Kriegspropaganda entsprossen sind, ist nie beseitigt worden. Seit einigen Jahren beginnt er wieder kräftig zu treiben, und der Tag ist abzusehen, an dem er wieder in voller Blüte stehen wird.

Der Grundton, auf den das Deutschlandbild der Kriegspropagandisten gestimmt war, war die Annahme, daß die Deutschen eine negative Sonderrolle in der Weltgeschichte spielten, die sich in ihrer Philosophie, ihrer Politik und ihrem Volkscharakter Ausdruck verschaffe. Wenn Deutschland der Träger einer Abirrung vom Hauptstrom der Weltzivilisation ist, dann muß es weltanschauungslogisch auch eine solche Weltzivilisation geben. Der Antigermanismus, der da glaubt, daß der deutsche Charakter negative Besonderheiten besitzt, die ihn zum dauernden Brutbett von Verschwörungen gegen die Zivilisation machen, bedingt weltanschauungslogisch den Panhumanismus, der eine Formel für die ideologische und organisatorische Zusammenfassung aller Völker in einer Weltgesellschaft oder einem Weltstaat anbietet.

Auf die Diagnose folgte die Therapie. War der Nationalsozialismus nur der zeitgemäße Ausdruck dauernder Aspirationen des deutschen Volkes, so mußte dafür gesorgt werden, daß diesem Volk für alle Zeiten die Möglichkeit genommen wurde, den Gang der Weltgeschichte zu

beeinflussen - es mußte ausgeschaltet werden.

Diese Ausschaltung konnte auf verschiedene Weise vorgenommen werden. Unter anderem ist die biologische Ausschaltung des deutschen Volkes vorgeschlagen worden. In seinem noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt verfaßten Buch "Germany must perish" fordert Theodore N. Kaufman die Sterilisierung aller Deutschen in zeugungsfähigem Alter. Die sterilisierten Deutschen sollten dann auf die Nachbarvölker verteilt werden und bis zu ihrem Tode deren Sprachen sprechen.

In einer ähnlichen kanadischen Schrift wird das Programm auf die Formel "No Germany, there fore no more German wars" gebracht. Ein anderer Weg der biologischen Ausschaltung wurde in Harvard ausgearbeitet. Die deutschen Männer sollten als Zwangsarbeiter auf die Nachbarvölker verteilt werden und in ihrer Freizeit diese Völker biologisch auffrischen und mit den martialischen Eigenschaften der Deutschen versehen.

Eine weitere Form der Ausschaltung war die militärische.

Durch eine vollkommene Entwaffnung, wie sie sämtliche Deutschland-Pläne vorsahen, sollten die Deutschen daran gehindert werden, eine Machtrolle in der Weltpolitik zu spielen. Neben der militärischen Entwaffnung, die keine Gegner fand, spielte die wirtschaftliche Entwaffnung die entscheidende Rolle. Weil die militärische Kraft einer Nation auf ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten beruhte, wie die Umwandlung der amerikanischen Friedenswirtschaft in eine außerordentlich leistungsfähige Kriegswirtschaft gerade bewiesen hatte, sollten alle industriellen Anlagen beseitigt werden, deren Umwandlung für Kriegszwecke möglich sei. Da der Erfindungsgeist jedoch aus Notlagen Vorteile zu ziehen vermag, sei vor allem die deutsche Forschung auszuschalten. Aneignung der deutschen Patente, Fortführung der Wissenschaftler, Verbot oder Kontrolle von Laboratorien und Instituten sowie die Kulturhoheit der Länder waren mögliche Wege zur Ausschaltung der Wissenschaft.

Neben der militärischen war vor allem auch die politische Ausschaltung Deutschlands durch seine Aufteilung in verschiedene Einzelstaaten im Gespräch. In unbestimmter Form waren alle Alliierten für die Teilung Deutschlands eingetreten. Zu konkreten Beschlüssen kam es in der Teilungsfrage jedoch nicht, da über die Form der Teilung keine Einigkeit erzielt werden konnte. Churchill und der amerikanische Außenminister Hull dachten daran, im Süden des zu teilenden Reiches ein neues lebensfähiges Staatsgebilde entstehen zu lassen, etwa in Gestalt einer Donaukonföderation (Bayern + Österreich + Ungarn mit Südtirol und einem Zugang zur Adria). Stalin dagegen war mehr an einem Machtvakuum im russischen Vorfeld interessiert und hatte zudem für Ungarn ganz andere Pläne.

Strittig unter den Befürwortern der Teilung war auch die Frage, wie man ein späteres Wiederausammenwachsen der Teile verhindern konnte. Für Roosevelt waren Teilungsfragen nur Teilfragen. Er war der staatsmännische Exponent der Position, die sich aus dem Zusammenspiel von Antigermanismus und Panhumanismus ergab. Das sicherste Mittel zur Ausschaltung Deutschlands war die Errichtung der Weltgesellschaft, die die Machtmittel dieser Erde bei den verbündeten Großmächten monopolisierte. Die Niederhaltung Deutschlands war nach Roosevelt eine Funktion des guten Zusammenwirkens der "vier Polizisten." ...<<

Churchill erklärte am 24. Mai 1944 vor dem britischen Unterhaus (x028/61,248): >>Es ist keine Rede davon, daß sich Deutschland auf irgendwelche Garantien gegen territoriale Veränderungen berufen könnte, falls es den Anschein hat, daß solche Veränderungen den Frieden in Europa sicherer und dauerhafter machen. ...<<

>>... Die Atlantik-Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, noch stellt sie ein Geschäft oder einen Kontrakt mit unseren Feinden dar.<<